



2021/17 Interview

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/17/angst-davor-was-zum-vorschein-kommen-koennte>

Dietmar Wolf, Mitgründer der Zeitschrift »Telegraph«, im Gespräch über rechtsextreme Gewalt, die staatliche Reaktion und Antifaschismus in der späten DDR

»Angst davor, was zum Vorschein kommen könnte«

Interview Von **Clemens Böckmann**

Rechtsextreme Gewalt in der DDR wurde von der SED-Führung als "Rowdytum" verharmlost. Dietmar Wolf gehörte zu den linken Oppositionellen, die, wie unabhängige Antifa-Gruppen, von der Stasi überwacht wurden.

Sie gehören zu den Mitarbeitern der Website »Faschisten in der DDR und antifaschistischer Widerstand«

Was wollen Sie mit dieser Dokumentation erreichen?

Die erste Version ging bereits 2001 online. Zu der Zeit gab es schon reichlich Erfahrungen mit dem Umgang mit der Geschichte der DDR. Schon in den neunziger Jahren mussten ehemalige DDR-Antifaschistinnen und -Antifaschisten die Erfahrung machen, dass bis auf einige Ausnahmen der ostdeutsche Blickwinkel bei der linken und antifaschistischen Geschichtsschreibung kaum eine Rolle spielte. Ostdeutsche Sichtweisen und Positionen wurde von einem leider auch unter West-Linken sehr verbreiteten hegemonialen Standpunkt immer wieder als irrelevant, nebensächlich oder sogar latent nationalistisch beziehungsweise nationalbolschewistisch abgekanzelt. Traurigerweise ist das bis heute so. Die Website sollte und soll dem entgegenwirken. Und sie soll das Wissen über die DDR-Naziszene und die unabhängige Antifa-Bewegung in der DDR bewahren und ein Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte sein.

Über die sogenannten Baseballschlägerjahre nach 1990 wird viel gesprochen und geschrieben, doch oftmals fehlen Kontext und Analyse. Woran liegt das?

Aus meiner Sicht gibt es dafür verschiedene Erklärungen. Im Fall der West-Linken ist es der hegemoniale Blickwinkel, aus dem die ostdeutsche Geschichte ignoriert wird. Andere politische Kräfte fokussieren auf den Osten, auf die DDR, als Hort von antidemokratischen Einstellungen, die rechte Gewalt hervorbringen. Das wird gerne verbunden mit der polemisch-verzerrten Darstellung einer vermeintlich von Kommunisten beherrschten DDR,

in der es keine demokratische Zivilgesellschaft gegeben habe und die oft sogar mit dem NS-Staat verglichen wird. Dem wird dann der westdeutsche Musterstaat der Demokratie gegenübergestellt, in dem es keine Nazis und auch keine rassistische Gewalt gebe – und wenn doch, erklärt man dies zu Einzelfällen und die Täter zu unorganisierten Irren.

Worin zeigt sich das?

Ein gutes Beispiel dafür sind die Pogrome der neunziger Jahre. An Hoyerswerda 1991 oder Rostock-Lichtenhagen 1992 wird regelmäßig erinnert, sie stehen sinnbildlich für enthemmte rassistische Gewalt im Osten. Doch bis heute wird weitgehend ignoriert, dass es zur gleichen Zeit auch rassistische Gewalt im Westen gab. Kaum einer weiß heutzutage von den rassistischen Angriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft in Mannheim-Schönau im Sommer 1992. Dabei haben Antifaschistinnen und Antifaschisten darauf hingewiesen, dass gerade diese Angriffe das Vorbild für die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen darstellten.

Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre nahm neonazistische Gewalt in der DDR deutlich zu, doch wurde sie von staatlicher Seite als »Rowdytum« abgetan. Gab es überhaupt die Bereitschaft, rechtsextreme Gewalt als politisches Phänomen zu verstehen?

Im Großen und Ganzen lautet die Antwort nein. Im Wesentlichen wollten die staatlichen Organe dieses Problem ausschließlich mit Überwachung, Repression und Strafe in den Griff bekommen. Zu groß war die Angst davor, was zum Vorschein kommen könnte, würde man die sozialen, gesellschaftlichen und auch politischen Ursachen untersuchen. Wie es etwa Dirk Teschner 1998 in der Zeitschrift *Telegraph* auf den Punkt brachte, gab es in der DDR nur eine »einseitige Faschismusrezeption, die im Kern als Ursachen von Hitler, Holocaust und Zweiten Weltkrieg »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« ausmachte«. Deshalb sei es nie zu einer offenen Diskussion darüber gekommen, was nach dem Nationalsozialismus und dem Holocaust mit den in Deutschland lebenden Menschen passieren sollte. Einer offenen Aufarbeitung habe damals auch das Misstrauen der Überlebenden, Antifaschisten und Juden, gegen einen Großteil der deutschen Bevölkerung entgegengestanden. Das erkläre, so Teschner weiter, den »Eindruck einer schizophrenen SED-Führung, die einerseits dem Volk misstraute, gleichzeitig aber auch Altnazis in führende Positionen hievte« – sie habe deswegen nie eine wirklich die Gesellschaft erfassende antifaschistische Umwälzung zustande bringen können.

Wurde das Problem der rechtsextremen Gewalt untersucht?

Ja, aber es war nur logisch, dass 1988 die Ergebnisse eines vom ZK der SED genehmigten geheimen Forschungsprojekts, das sich erstmals sehr ausführlich mit der Neonaziszene in der DDR befasste, vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit einem Sperrvermerk versehen wurden und im Giftschränk verschwanden.

Was bedeutete antifaschistische Arbeit in einem Staat, der seinem Selbstverständnis zufolge den Faschismus überwunden hatte?

Das ist ein Paradoxon. Das grundsätzliche Problem von Partei und Staatsführung mit unabhängigen Antifa-Gruppen, die sich so weit wie möglich außerhalb des ideologischen Zugriffs des SED-Machtapparats bewegten und sich grundsätzlich dem politischen Umfeld

der DDR-Opposition zugehörig fühlten, war, dass sie auf das Naziproblem aufmerksam machen und dieses auch öffentlich thematisieren wollten. Dass es unabhängige Antifa-Gruppen gab, widersprach dem Märchen vom ersten antifaschistischen Staat auf deutschem Boden, in dem der Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden sei. Darüber hinaus bedrohten diese Gruppen den Alleinvertretungsanspruch der SED und ihrer Jugendorganisation FDJ. Anstatt also die antifaschistischen Gruppen zu unterstützen, begann die Stasi, sie gezielt durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auszuspähen, zu unterwandern und zu zersetzen.

Welche Folgen hatte das?

Unter anderem war es außerhalb von politisch geschützten Räumlichkeiten nicht möglich, antifaschistische Veranstaltungen oder Aufklärung über Nazis in der DDR zu organisieren. In den wenigen Fällen, in denen es trotzdem versucht wurde, zum Beispiel von der Antifa Potsdam im Herbst 1988 bei einer öffentlichen Kundgebung für die Opfer des Faschismus, reagierte die Staatsmacht mit kompromissloser Gewalt und Strafen.

Der Stasi wird manchmal sogar unterstellt, sie habe Neonazis unterstützt.

Bei meinen Recherchen im Archiv der BStU (Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Anm. d. Red.) habe ich keinerlei Hinweise gefunden, die eine Mithilfe der Stasi beim Aufbau von Nazistrukturen belegen – das soll aber nicht heißen, dass es sie nicht gegeben haben könnte. Aus meiner Sicht ist es auch ein Gerücht, dass die Stasi etwas mit dem Überfall auf die Zionskirche (am 17. Oktober 1987 überfielen rechtsextreme Skinheads dort Besucherinnen und Besucher eines Rockkonzerts, Anm. d. Red.) zu tun gehabt hätte. Im Gegenteil, meiner Aktenrecherche zufolge hat die Stasi alles versucht, um die Naziszene unter Kontrolle zu halten und möglichst einzudämmen. Es war höchstes Gebot, das Bild des wehrhaften antifaschistischen Staats zu schützen und rassistische oder faschistische Angriffe vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Ereignisse wie der Überfall auf die Zionskirche waren politischer Sprengstoff.

Seit 1989/1990 erhielten die Neonazis in der DDR dann Unterstützung aus der BRD; Michael Kühnen, einer der führenden Kader, erstellte einen »Aufbauplan Ost«. Welche Bedeutung hatten die Aktivitäten westdeutscher Neonazis auf dem Gebiet der ehemaligen DDR?

Sie spielten eine wichtige Rolle bei der stärkeren Organisierung der ostdeutschen Neonaziszene. Viele waren ehemalige DDR-Nazis, die aus verschiedenen Gründen in Haft gekommen und dann meistens von der BRD mit harten Devisen freigekauft worden waren. Diese Heimkehrer, die meistens im Westen zu Kadern geworden waren, hatten Kontakt mit ihren Kameraden im Osten gehalten. Nach der Maueröffnung im November 1989 waren sie maßgeblich am Aufbau neuer und fester Nazistrukturen im Osten beteiligt, die sie meistens auch anführten. Sie fungierten als Bindeglieder mit Gruppen von Neonazis und deren Führern aus dem Westen. Es entstanden aber auch eigenständige Organisationen; exemplarisch dafür ist die »Nationale Alternative« in Berlin-Lichtenberg, die sich nicht von Kadern aus der BRD bevormunden lassen wollte.

Interview: Clemens Böckmann